

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 12 (1986)
Heft: 9

Artikel: Schwangerschaftsabbruch : Föderalistische Lösung oder Kantonalisierung?
Autor: Sax, Anna / Fetz, Anita
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-360546>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Föderalistische Lösung oder Kantonalisierung?

Es war einmal, vor langer, langer Zeit, da existierte eine zentrale Forderung, über die sich alle bewegten Frauen einig waren: die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs (SAB). Inzwischen dürfen wir zwar fast überall abstimmen. In der Bundesverfassung gibt es einen Gleichberechtigungsartikel. Das neue Eherecht ist ein kleines bisschen weniger frauenfeindlich. Einige Tabus, wie ausserehelicher Geschlechtsverkehr oder Berufstätigkeit verheirateter Frauen sind — wenn auch nicht nur zu unserem Vorteil — gelockert worden. In einem Punkt aber sind wir keinen Millimeter weiter gekommen: SAB ist noch in grossen Teilen der Schweiz genauso strafbar, genauso verschrien, genauso demütigend wie zuvor. Wenigstens sind wir durch die Abfuhr der Initiative "Recht auf Leben" vor einem ersten, groben Rückschritt bewahrt worden. Aber die Bemühungen aufrechter Schweizer Landes- und Familienväter, unsere Selbstbestimmung einzuschränken und ihre Kontrolle über unsere Gebärfähigkeit auszudehnen, gehen weiter. Eine weitere Aktion in diese Richtung steht noch immer auf der Traktandenliste der eidgenössischen Räte: die föderalistische "Lösung".

Von einer gesamtschweizerischen Straffreiheit mit Zahlungspflicht der Krankenkassen redet schon gar keine von den einstigen Verfechterinnen mehr. Von einer Fristenlösung zu reden, empfinden viele als eine Zumutung. Und wo doch jetzt mit der Föderalistischen Regelung (FR) eine Möglichkeit besteht, das leidige Thema SAB, das einer sowieso langsam zum Hals raushängt, endlich ein für allemal vom Tisch zu fegen, sprechen sich selbst progressive Frauen für die FR aus.

Wir von der MoZ ("Mutterschaft ohne Zwang") stehen da wie ein Grüppchen von Exotinnen innerhalb der Frauenbewegung und kommen nicht mehr draus: wie kommt es, dass die gleichen Frauen, die früher für eine Liberalisierung des SAB kämpften, heute eine Föderalistische Regelung unterstützen, die nicht nur keinen Fortschritt, sondern Verschärfungen der heutigen Praxis bringt?

Neue Schikanen

Die ehemaligen Verfechterinnen ei-

ner Straffreiheit meinen unter anderem, dass liberale Kantone mit der Einführung der Fristenlösung ein Zeichen setzen, den Stein ins Rollen bringen könnten. Das wäre sicher möglich, wenn nicht mit solch einer "föderalistischen" Fristenlösung ein paar neue Schikanen bereitgehalten würden, die für uns schlicht inakzeptabel sind. Dass eine Frau, die unerwünscht schwanger geworden ist, die Möglichkeit haben soll, sich beraten zu lassen, ist logisch. Dass sie sich aber beraten lassen **muss**, nämlich vom Arzt, der Ärztin oder einer **kantonal anerkannten** Schwangerschaftsberatungsstelle, dass ihr also nicht einmal freigestellt ist, wo sie sich Rat holen will, wenn sie ihn braucht, ist schon ziemlich dicke Post.

Die ohnehin knappe zwölfwöchige Frist würde sich mit einer "föderalistischen" Fristenlösung auf elf Wochen reduzieren, weil nämlich die abtreibungswillige Frau gezwungen wird, nach dem obligatorischen Beratungstermin noch während einer Woche ihren Entscheid zu "bedenken". Eine Frau aus der Innerschweiz muss dann halt zweimal nach Zürich oder Basel

oder Genf reisen — aber ein bisschen Mehraufwand ist ihr ihre Abtreibung ja allemal wert, oder?

Kein Geld von der Krankenkasse

Die härteste Schikane aber, die uns die FR bescheren würde und der Hauptgrund, warum wir sie so vehement ablehnen, ist finanzieller Art: Die Krankenkassen müssten nicht mehr zahlen. (Schon heute tun sie sich oft schwer genug daran, ihrer Zahlungspflicht nachzukommen...).

Die Krankenkassen sind nur bei medizinischer Indikation verpflichtet zu zahlen, und das psychiatrische Gutachten, das uns heute aufgezwungen wird, ist nun einmal ein medizinisches. Was das für Frauen in einer Notlage bedeuten kann, wenn die Ärztinnen und Ärzte nicht mehr an Kassentarife gebunden sind, brauchen wir ja hier nicht extra zu wiederholen. Unter dem Strich bleibt also die Feststellung, dass die Föderalistische Regelung, wie sie irgendwann in nächster Zeit im Nationalrat behandelt wird, einen klaren Rückschritt bedeuten würde. In den Kantonen, wo heute schon ein faktisches Abtreibungsverbot besteht, bliebe die Situation unverändert, in den "liberalen" Kantonen würde sie verschlechtert. Wir MoZ-Frauen bedanken uns für diese "Lösung". Stattdessen haben wir uns in den Kopf gesetzt, weiter an unserer Minimalforderung nach einer **gesamtschweizerischen** Fristenlösung mit Zahlungspflicht der Krankenkassen festzuhalten.

Wie weiter?

Wie wir inzwischen auch gemerkt haben, ist die Forderung nach einer Liberalisierung des SAB verbunden mit zahlreichen anderen Faktoren, die dazu beitragen, uns unter Druck zu setzen und unser Selbstbestimmungsrecht zu beschneiden. Dazu gehören die Auswüchse der Gen- und Reproduktionstechnologie, die Verdrängung der Frauen von gutbezahlten Arbeitsplätzen, Gewalt in Partnerschaft und Ehe, Behinderung von autonomen Frauenprojekten, zunehmende ideologische "Bearbeitung" durch RassistInnen und "BevölkerungsexpertInnen", um nur einige zu nennen. Deshalb möchten wir zusammen mit möglichst vielen anderen, die

etwas gegen die zunehmenden Ein- und Angriffe auf unsere Gebärfähigkeit und unser Selbstbestimmungsrecht unternehmen, ein Aktionsforum auf gesamtschweizerischer Ebene gründen.

Der Forderungskatalog, auf dessen Basis wir gemeinsam weiterarbeiten, Aktionen planen und Erfahrungen austauschen könnten, umfasst neben der Straffreiheit des SAB die vermehrte Förderung von autonomen Frauenprojekten (Ambulatorien, Beratungsstellen, Frauenhäuser), freiwillige und kostenlose Informations-

und Beratungsmöglichkeiten über Verhütung, Abtreibung und Gentechnologie, Förderung der Ausbildung von Gynäkologinnen, mehr frauenfreundliche Klinikplätze, Zahlungspflicht der Krankenkasse bei Verhütung, Sterilisation und SAB, Strafbarkeit der Vergewaltigung durch den Ehemann sowie spezifische, noch zu erarbeitende Forderungen zur Gen- und Reproduktionstechnologie. Ob in einigen Jahren eine "Selbstbestimmungsinitiative" lanciert werden kann, wird sich herausstellen. Schön wär's...

Anna Sax

Warum ich im Nationalrat für die föderalistische Lösung stimmen werde

Grundsätzlich bin ich selbstverständlich der Meinung, dass die Frage des Schwangerschaftsabbruchs kein Gegenstand des Strafgesetzbuches sein darf. Kinder oder keine — entscheiden wir alleine — dieser programmatische Slogan der autonomen Frauenbewegung hat auch heute nichts an Aktualität verloren. Ob sie eine Schwangerschaft austragen will oder nicht, kann allein die betroffene Frau beantworten. Nach einem 15-jährigen Hin und Her in Sachen Abtreibung — angefangen von der Initiative für einen straflosen Schwangerschaftsabbruch über die Fristenlösung hin zu verschiedenen Indikationenslösungen bis zur kürzlich verhinderten 'Recht-auf-Leben'-Initiative — stehen wir in der Schweiz politisch in einer Pattsituation. Die Kantonalisierung der Fristenlösung — wie sie demnächst erneut vom Nationalrat diskutiert wird — ist für mich keinesfalls eine Lösung wie der Ausdruck 'föderalistische Lösung' sprachlich suggeriert, sondern lediglich eine mögliche Übergangsvariante in der politisch völlig blockierten Auseinandersetzung um die Abtreibung. Blockiert deshalb, weil es in der Schweiz immer noch starke politische Kräfte gibt, die die Frauen in der Abtreibungsfrage bevormunden und mit allen Mitteln ihr Selbstbestimmungsrecht verhindern wollen.

In dieser Pattsituation erlaubt eine 'föderalistische Lösung' den liberalen Kantonen wenigstens die Fristenlösung zu legalisieren. Deshalb werde ich im Nationalrat der Vorlage zustimmen. Sie legalisiert nur, was heute sowieso

der status quo ist. Das ist mindestens weniger heuchlerisch und kann eventuell die Abtreibungsfrage auch in konservativen Kantonen enttabuisieren.

Zur Krankenkassenbezahlung ist folgendes zu sagen: Es gibt einen Entscheid des eidg. Versicherungsgerichtes, der sagt, dass jeder legal vorgenommene Schwangerschaftsabbruch auch bezahlt werden muss. Selbstverständlich kann das nicht einfach auf die Kantone übertragen werden. Dennoch bin ich einigermaßen optimistisch, dass es politisch möglich ist eine Bezahlung durch die Krankenkassen in jenen Kantonen durchzusetzen, die die Fristenlösung legalisieren.

Ich halte es für unwahrscheinlich, dass die Vorlage eine Mehrheit im Nationalrat finden wird. Bereits die vorberatende Kommission hat sie abgelehnt. Die Koalition zwischen 'Recht-auf-Leben'-ReaktionärInnen und jenen, die um die Einheit des schweizerischen Strafgesetzes bangen, ist viel zu stark. Föderalistische Lösung ja oder nein ist auf jeden Fall kein Thema, über das wir in der Frauenbewegung lange streiten müssen. Weit wichtiger ist das nach wie vor gemeinsame Ziel.

Tatsache ist und bleibt: Frauen werden in Notsituationen immer abtreiben. Die Frage ist nur, ob unter würdigen oder unwürdigen Umständen. Deshalb gibt es nur eine wirkliche Lösung: die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs. Dafür wird die Frauenbewegung zusammen mit allen fortschrittlichen, liberalen Kräften weiter kämpfen müssen.

Anita Fetz